

Meine Mehrheit ist dein Konsens

Eine Bewertung zur Konferenz zur Überprüfung und Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags von Xanthe Hall, die die Deutsche Sektion der IPPNW in New York vertrat.

Die Verlängerung

Für viele aus unserer Gruppe – auch für mich – kam die unbefristete Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages keineswegs überraschend. Rückblickend auf die vier Konferenzwochen ist das jedoch nicht die ganze Wahrheit. Zu einem Zeitpunkt in der zweiten Woche waren die Minister der blockfreien Staaten in Bandung zusammengekommen, und zu uns gelangte die Nachricht, sie hätten Konsens über eine rollende Verlängerung über 25 Jahre erreicht. Euphorie kam auf. Alles, was kürzer

als unbefristet war, hätte für die Abschaffungslobby Erfolg bedeutet. Allerdings sollten wir bald feststellen, daß es in Bandung doch keinen Konsens gegeben hatte. Außerdem hatte Südafrika einen Resolutionsentwurf vorgelegt, der die Blockfreien so tief spaltete, daß der (Etappen-)Sieg der unbefristeten Verlängerung gesichert war.

Zur Schilderung der Ereignisse gehört die klare Erkenntnis: es gab keinen „Konsens“ in der Verlängerungsentscheidung. Der Ausdruck Konsens trifft nicht im entferntesten auf diese

Entscheidung zu. Einigkeit bestand darüber, daß eine Mehrheit für unbefristete Verlängerung vorhanden war, was auch nie bestritten wurde. Der Präsident der Konferenz, Jayantha Dhanapala, der das Amt des Generalsekretärs anstrebt, mußte den Anschein von Konsens zustandebringen. Einmal ging er sogar so weit, die Formulierung „Es besteht Konsens darüber, daß eine Mehrheit zugunsten unbefristeter Verlängerung besteht“ vorzuschlagen. Man verwarf dies aber, denn die Konferenz hätte sich damit lächerlich gemacht. Allerdings lief

die schließlich angewandte Methode der Beschlußfassung auf das gleiche hinaus. Der philippinische Vertreter bezeichnete die Entscheidungsmethode in einer gleich anschließenden Ansprache als „Zuckerguß-Mechanismus“ und fand den Preis dafür „ein wenig hoch“ – obwohl er selbst die unbefristete Verlängerung unterstützt hatte.

Die Überprüfung

Eine Reihe von Delegierten brachte in Reden vor dem Plenum nach der Entscheidung ihre heftigen Einwände zum Ausdruck. Das Schlimmste stand aber noch bevor. Während sie bezüglich der Verlängerung dem Druck der Atomwaffenstaaten nicht mehr standgehalten hatten, hegten viele Delegierte atomwaffenfreier Staaten die Erwartung, sie könnten in den Überprüfungsabschlußbericht eine Formulierung einbauen, der ihre Besorgnis darüber

„immer noch qualitative Verbesserungen an Atomwaffen vorgenommen“, und „die Konferenz bedauert, daß seit Inkrafttreten des Vertrags bezüglich Artikel VI und der Paragraphen 8 bis 12 der Präambel nicht mehr erreicht werden konnte“. Weitere solcher Kritikpunkte am Verhalten der Atomwaffenstaaten in der Vergangenheit wurden von diesen als inakzeptabel bewertet, ebenso wie jeglicher Vorschlag, man möge weitere Schritte zur Abrüstung unternehmen. So unter anderem „der Aufruf an die GUS-Staaten und die Vereinigten Staaten, START II inkrafttreten zu lassen und – sobald durchführbar – einen weiteren erheblichen Abbau anzugehen“. Das endlose Gerangel um den Abschlußbericht endete einmal mehr damit, daß es nicht gelang, den Überprüfungsprozeß zu vollenden. Das heißt, seit zehn Jahren ist kein Überprüfungsdokument zustande gekommen. Vor



Die IPPNW bei der Lobbyarbeit in der Mexikanischen Mission: Miguel Marin-Bosch (Botschafter von Mexiko, links), Dr. Victor Sidel (Ko-Präsident der IPPNW, Mitte), Lars Lindskog (IPPNW-Schweden, rechts).

zeigte, daß nicht genug getan worden war, um Artikel VI zu erfüllen. D. h. die Maßnahmen zur Abrüstung reichten nicht so weit, als daß man sagen könnte, der Rüstungswettlauf sei zu Ende. Besonders Indonesien und Malaysia drängten darauf, die bindende Verpflichtung zu weiterer Abrüstung im Dokument festzuschreiben. „Bedauerlicherweise trafen unsere Bemühungen auf starken und entschlossenen Widerstand durch die Atomwaffenstaaten und ihre Unterstützer“, sagte Malaysia vor dem Plenum. Zwar waren die NROs bei den Sitzungen, in denen zur Überprüfung formuliert wurde, nicht zugelassen, jedoch wurden einige Entwürfe nach außen gereicht, aus denen die strittigen Punkte zu entnehmen waren. Einige Beispiele: Großbritannien erhob Einspruch gegen den Satz „Die Konferenz bestätigt noch einmal, daß im Geiste der Präambel des Vertrages alle Atomwaffen vom Angesicht der Erde beseitigt werden müssen“. Die Atomwaffenstaaten protestierten gegen die Feststellungen, es würden

diesem Hintergrund von einem Konsens oder gar von Einstimmigkeit zu sprechen, kommt einer Lüge sehr nah – die amerikanische und die deutsche Presse taten es dennoch. Der Ausgang der Konferenz bedeutete lediglich eine schamlose Demonstration der Macht des „Nordens“ über den „Süden“.

Die verabschiedeten Dokumente

Mehrere Staaten erklärten frühzeitig, daß sie zwar eine unbefristete Verlängerung des Vertrages unterstützten, jedoch keine bedingungslose wollten. Aus den folgenden Diskussionen entstanden ein Resolutionsentwurf von Südafrika. Er schlug vor, statt Bedingungen an die Verlängerung zu knüpfen, möge die Konferenz eine Reihe von „Prinzipien und Zielen“ verabschieden. Darüberhinaus brauche der Vertrag einen verstärkten Überprüfungsprozeß, um seinen Erfüllung näher zu prüfen. Schließlich wurden vier Dokumente verabschiedet:

1. In „Verstärkung des Überprüfungsprozesses des Vertrages“ wurde entschieden, daß vor der nächsten Überprüfungskonferenz im Jahr 2000 drei Vorbereitungstreffen (PrepComs) stattfinden werden. Diese PrepComs werden auch inhaltliche Arbeit, besonders im Bezug auf die „Prinzipien und Ziele“, leisten und 1997, 1998 und 1999 zusammentreffen.
 2. In „Prinzipien und Ziele für Nichtverbreitung und Abrüstung“ wurde u. a. drei Maßnahmen als „Aktionsprogramm“ vorgeschlagen: einen umfassenden Atomteststop vor Ende 1996 zu verabschieden, Verhandlungen über ein Verbot der Herstellung von spaltbaren Materialien für Atomwaffen anzufangen und die Reduzierung und letztendlich die Abschaffung aller Atomwaffen anzustreben.
 3. Die Resolution zur „Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages“ erklärte, da eine Mehrheit für die unbefristete Verlängerung vorhanden ist, wird der Vertrag entsprechend verlängert.
 4. Ein Aufruf der Konferenz an den Nahen Osten, eine atomwaffenfreie Zone zu bilden, und an dessen Staaten (hier ist Israel gemeint), ihre Atomanlagen für die Atomenergiebehörde zu öffnen.
- Es ist wichtig zu wissen, daß der ursprüngliche südafrikanische Entwurf der „Prinzipien“ weiter ging als das verabschiedete Dokument, indem er ein Aktionsprogramm der Atomwaffenstaaten zur Beendigung des Wettübens forderte. Allerdings sind die verabschiedeten Prinzipien und Ziele nach wie vor keine Verpflichtungen.

„The Abolition Caucus“ – Nichtregierungsorganisationen (NROs) für Abschaffung

Das Positive an der Arbeit in New York war der Zusammenschluß zu einem Netzwerk gleichgesinnter Nichtregierungsorganisationen (NROs) für die Abschaffung von Atomwaffen unter dem Namen „NGO Nuclear Abolition Caucus“. Beim vierten PrepCom hatten wir schon festgestellt, daß diese NROs zusammenarbeiten müßten, um bei der Konferenz überhaupt etwas zu erreichen, denn wir hatten dasselbe Ziel. Der Zusammenschluß wurde auch veranlaßt durch die Position einer Gruppe von 16 amerikanischen NROs, die sich „Kampagne für den Atomwaffensperrvertrag“ nannte und nicht nur die unbefristete Verlängerung unterstützte, sondern auch noch im großen und ganzen auf der Linie der amerikanischen Regierung lag. Diese Gruppe war gut organisiert, wurde ausgiebig von der Presse erwähnt, besaß guten Zugang zu Dokumenten und Delegierten-Räumen und hatte sogar ihre eigenen Leute als Berater in ein paar Delegationen. Während der Konferenz erstellten Mitglieder dieser Gruppe eine NRO-Stellungnahme, in der empfohlen wurde, die Zahl der Atomwaffen auf 200 zu reduzieren. In der darauffolgenden hitzigen Debatte erklärten sie sich bereit, im letzten Abschnitt auf die Notwendigkeit einer Konvention zur Abschaffung von Atomwaffen hinzu-

weisen, um so die Haltung aller NROs besser zu repräsentieren. Diese Einstellung veranlaßte den Abolition Caucus, seine eigene Stellungnahme an die Delegierten darüber zu verfassen, wie in elf Schritten Abschaffung zu erreichen sei, wobei im ersten gefordert wird, sich zum Beginn von Verhandlungen über eine Konvention zur Beseitigung aller Atomwaffen zu verpflichten. Die Umsetzbarkeit einer solchen Konvention und mit welchen Strategien sie zu erreichen sei, war in der ersten Woche in einem zweitägigen, von INESAP veranstalteten Seminar ausführlich diskutiert worden. Die Stellungnahme des Abolition Caucus wurde weltweit verbreitet, und am Ende der Konferenz hatten über 200 Organisationen sie unterschrieben. Dieses überwältigende internationale Echo ermutigte den Caucus, das Argument anzuführen, daß er für eine ungeheure Zahl von Menschen spreche – allein mit den größten Unterzeichnern (Greenpeace, Pax Christi, IPPNW) konnten wir behaupten, mehr als 10 Millionen Menschen zu repräsentieren. Die Mitglieder des Abolition Caucus machten sich daran, ihre Lobbyarbeit um den einzigen Punkt der Konvention zu organisieren. Wir äußerten zwar unseren Protest gegen eine unbefristete Verlängerung, fanden aber, man solle auf eine Verpflichtungserklärung drängen. Wir teilten die Länder, die in ihren Stellungnahmen zu einem Zeitrahmen für Abrüstung aufgerufen hatten, unter uns auf und machten bei ihnen Lobbyarbeit dahingehend, sie mögen der Konferenz vorschlagen, sich in ihrem Abschlußbericht zu verpflichten, noch 1995 Verhandlungen über eine Konvention zu beginnen. Durch diese Arbeit fanden wir heraus, welche Länder hinter der Idee einer Konvention stehen, auch wenn es uns nicht gelungen ist, sie in den gegenwärtig nichtexistenten Abschlußbericht einzubringen. Die Information ist nützlich für die künftige Lobbyarbeit bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen und besonders 1997 bei der UN-Sondersitzung über Abrüstung, wo der Antrag auf eine Konvention vermutlich ansteht. Jedenfalls ist das Konzept bei der Konferenz zur Sprache gebracht und von so vielen Staaten begrüßt worden, daß es sich lohnt, sich noch einmal dafür ins Zeug zu legen. Die NROs erhielten als letzte das Wort. Präsident Dhanapala schlug vor, in Zukunft ein oder zwei Tage der Überprüfungskonferenzen den NRO-Meinungen zu widmen, in denen sie wie bei anderen Konferenzen Erklärungen abgeben können. Die IPPNW war in der ersten und der letzten Woche durch eine große internationale Delegation vertreten: Ärzte aus den Sektionen von Kanada, Frankreich, Großbritannien, Israel, Malaysia, Rußland, Schweden, der Schweiz, Australien, Dänemark und Deutschland; die Ko-Präsidenten Dr. Vic Sidel und Dr. Sergej Kolesnikov sowie das gesamte IPPNW-Zentralbüro von Boston besuchten regelmäßig die Konferenz und trafen sich mit den Vertretern aller IPPNW-Sektionen. Mitglieder der IPPNW-Delegation besuchten viele Regierungsvertreter.

Xanthe Hall